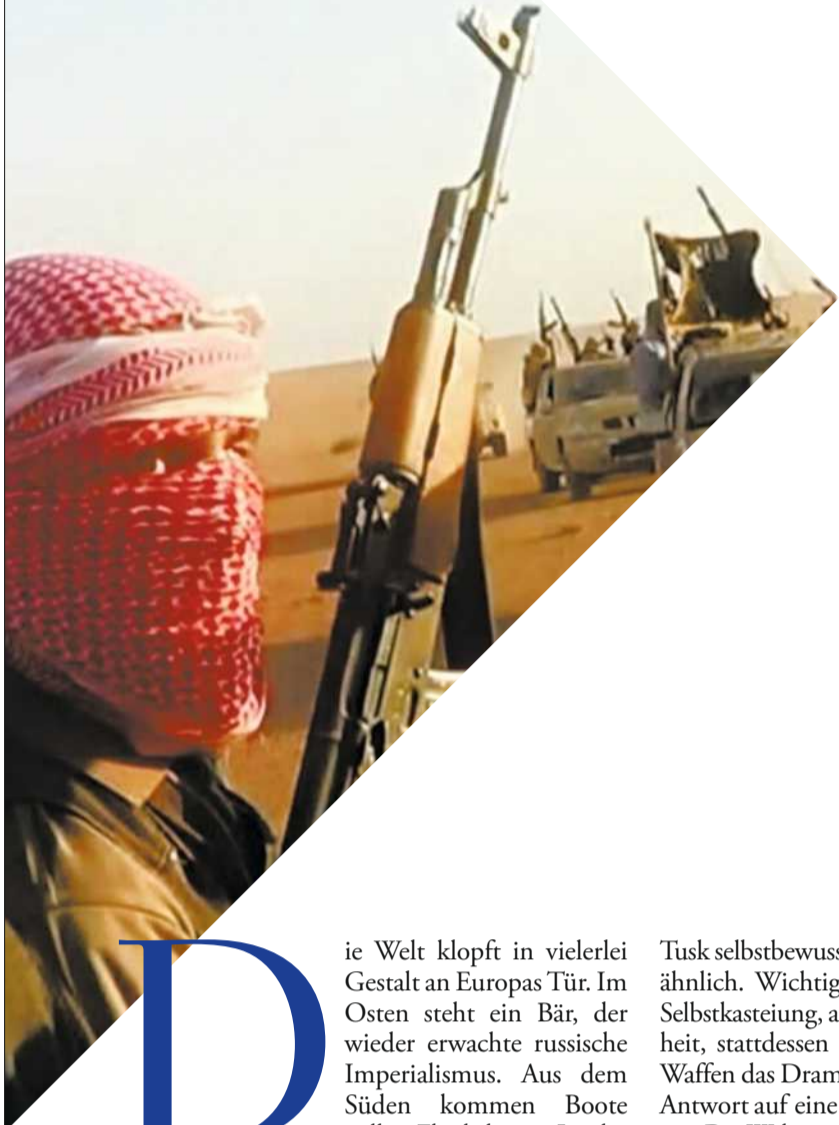


Hassobjekt Westen:  
Krieger des »Islamischen  
Staates« lernen das  
Kämpfen im Irak



# Welt, Macht, Europa

Sehnsuchtsort Mittelmeer:  
Migranten aus Afrika  
werden durch italienische  
Schiffe gerettet

Die Welt klopft in vielerlei Gestalt an Europas Tür. Im Osten steht ein Bär, der wieder erwachte russische Imperialismus. Aus dem Süden kommen Boote voller Flüchtlinge. In der Ferne arbeitet der chinesische Drache geduldig am Aufstieg zur Weltmacht. Dschihadisten mit schwarzen Masken attackieren uns von innen und außen. Wacht Europa endlich auf? Sind wir vorbereitet auf diese Herausforderungen?

Etwa in der östlichen Ukraine? Die Auseinandersetzung dort stellt den Kontinent vor seine größte geopolitische Probe seit 1989. Es geht hier um Krieg und Frieden, um Strategie und Macht, aber unsere Generation hat vergessen, wie man über solche Dinge spricht. Es mangelt uns an Erfahrung. Unsere Sprache ist eingestorben. Es ist, als wäre die Geschichte ein Land, das wir lange nicht mehr besucht haben.

Aber vielleicht ändert sich gerade etwas. Worte und Taten zeigen, dass Europas Anführer beginnen, die Welt wieder so zu sehen, wie sie ist, und nicht, wie sie sie gerne hätten. Ein gutes Beispiel dafür ist Angela Merkels Rolle in Minsk. Nur wenige Tage vor den Verhandlungen, die zur Feuerpause führten, sprach die Kanzlerin in München auf der Sicherheitskonferenz. Merkel begründete vor kritischem Publikum, warum sie Waffenlieferungen an Kiew ablehnt: »Das Problem ist, dass ich mir keine Situation vorstellen kann, in der eine verbesserte Ausrüstung der ukrainischen Armee dazu führt, dass Präsident Putin ... glaubt, militärisch zu verlieren. Ich muss das so hart sagen.« Sollte heißen: Wir können das Böse nicht immer sofort auslösen (wie es die Amerikaner meinen), sondern müssen versuchen, es einzudämmen – Politik als Kunst des Machbaren.

Ein anderer Hinweis war der jüngste Gipfel zur Flüchtlingkatastrophe. Nachdem Hunderte Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken waren, beschloss die Staats- und Regierungschefs der EU in Brüssel, was zuvor auch Papst Franziskus gefordert hatte – mehr Rettungskräfte auf See. Zugleich gingen sie auf die Bösewichter los und erklärten den Schleppern den Krieg. Keine Spur von Schuldgefühlen: »Europa hat diese Tragödie nicht verursacht«, erklärte EU-Ratspräsident Donald

Tusk selbstbewusst. Andere Politiker äußerten sich ähnlich. Wichtig ist der Ton: nicht die übliche Selbstkasteiung, auch keine moralische Überlegenheit, stattdessen die Bereitschaft, mit Geld und Waffen das Drama zu bekämpfen. Eine politische Antwort auf eine moralische Krise.

»Die Welt ist eine Bühne«, schrieb Shakespeare. Seit Jahrzehnten bemüht sich die Union, zum Akteur auf dieser Weltbühne zu werden. Denkfabriken, Wissenschaftler und Diplomaten in Brüssel, Paris, London und Berlin entwerfen großartige Strategien, aber vielleicht sollte man sich zunächst einmal eine ganz simple Frage stellen: Was bedeutet es, ein »Global Player« zu sein? Ist Europa überhaupt bereit für diese Rolle? Damit sind nicht nur institutionelle und finanzielle Fragen gemeint – die Spielweise der Experten –, es geht zuerst um unser Selbstverständnis. Im großen Theater der Politik gibt es vier Kategorien: das Stück, die Bühne, den Akteur und das Publikum. Sehen wir uns alle vier einmal näher an.

## 1. Das Stück

Viele Beobachter in Amerika, Brasilien und China blicken verächtlich auf unseren Kontinent. Sie sehen 500 Millionen vergleichsweise privilegierte Menschen, die nicht bereit sind, für ihre Sicherheit zu bezahlen, und in schuldenfinanzierten Sozialstaaten leben. Ein billiges Klischee, trotzdem bleibt die Kritik haften – warum?

Als die Berliner Mauer fiel, hatten die Staaten Europas vier Jahrzehnte unter dem Schutz Amerikas oder unter sowjetischer Besatzung hinter sich. Sie standen plötzlich wieder auf eigenen Füßen, der Platz auf der Weltbühne war frei. Es war ein Moment der Freude, aber auch der Unsicherheit. Waren die Gespenster der Vergangenheit begraben, konnten wir mit dieser neuen Freiheit umgehen? Noch bevor wir uns mit diesen Fragen befassen konnten, gab es Entwarnung: Das »Ende der Geschichte« wurde verkündet. Die kapitalistischen Demokratien hatten gewonnen, der andere Teil der Menschheit würde uns folgen. Was für eine Ironie! Ausgerechnet in dem Moment, als Europa geopolitisch erwachte, rief jemand: »Die Show ist vorbei, alle zurück in die Garderobe!«

Wir haben das gerne geglaubt. Das »Ende der Geschichte« passte nur zu gut zu dem Integrations-

modell, mit dem Frankreich, Deutschland und die anderen europäischen Staaten seit 1950 am »ewigen Frieden« arbeiteten (zumindest untereinander). Die Institutionen in Brüssel sind konkurrenzlos gut darin, interne Konflikte zu entschärfen, Machtverhältnisse auszuklammern, Probleme zu entpolitizieren. Aber so gut das nach innen funktioniert, so wenig bereitet diese Methode auf die Begegnung mit einer Außenwelt vor, in der andere Regeln herrschen, andere Leidenschaften. Jetzt ändert sich das Bewusstsein. »Die Politik ist nach Europa zurückgekehrt, die Geschichte ist wieder da«, erklärte Ratspräsident Tusk, als er vor einem halben Jahr sein Amt antrat. Auch Merkel, Cameron und Hollande wissen es.

## 2. Die Bühne

Europas Außenpolitik stand lange im Bann des »Endes der Geschichte«. Ihr Ziel war es, anderen Ländern dabei zu helfen, genauso zu werden wie wir – mit Entwicklungshilfe, Handelsverträgen und europäischen Normen. Dazu passte eine bestimmte Vorstellung des geografischen Raums. Zunächst öffnete sich die Union für acht ehemalige kommunistische Staaten, dann ließ man in Brüssel das Auge schweifen. Der damalige Kommissionschef Romano Prodi sprach 2003 von einem »Ring der Freunde«, der sich von Marokko im Südwesten über Ägypten bis zum Kaukasus und zur Ukraine im Osten erstrecken sollte. Geopolitik mit dem Zirkel: Man nimmt eine Weltkarte, sticht die Spitze in Brüssel ein und zieht einen schönen weiten Kreis – egal wie unterschiedlich die Länder darin sind. So wurde die Nachbarschaftspolitik der EU geboren. Als Prodi damals in Washington seine heiß geliebte Europakarte zeigte, sagte George W. Bush: »Klingt für mich wie das Römische Reich, Romano!«

In Brüssel ging das Schlagwort vom »Ring der Freunde« einher mit der Mahnung, man wolle keinen »neuen Eisernen Vorhang«. Das zeigt, wie schwer man sich damit tat, überhaupt eine Linie auf der Landkarte zu ziehen. Zu groß war die Furcht, neue Narben zu verursachen und Menschen auszuschließen. Aber wie sollte das mit dem – 1993 in Maastricht festgelegten – Ziel Europas einhergehen, auf der Weltbühne zu agieren? Bedeute das nicht, dass die Union über

die Auseinandersetzung mit anderen Akteuren nachdenken muss?

Mit dem Arabischen Frühling und dem Krieg in der Ukraine ist die Nachbarschaftspolitik kollabiert. Einige geben der EU die Schuld an dem Konflikt mit Russland, obwohl offensichtlich ist, dass Moskau der Aggressor ist. Doch der europäischen Seite hat ihre unpolitische Haltung geschadet. Sie war zu sorglos, als sie die Ukraine drängte, sich zwischen dem Assoziierungsabkommen mit der EU und der Zollunion mit Russland zu entscheiden. Das war im November 2013 in Vilnius. Nun treffen sich die Staats- und Regierungschefs erneut mit den Kollegen aus den östlichen Nachbarländern, diesmal in Riga. Hat die EU etwas gelernt?

Ja, doch. In einem aktuellen EU-Papier heißt es ungewohnt selbstkritisch, die Nachbarschaftspolitik »war nicht immer imstande, adäquat auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren«. Für Diplomaten ist das ziemlich deutlich. Vier inhaltliche Verschiebungen finden sich, und jede spricht für neuen politischen Realismus. Erstens: Die Rede ist von »Differenzierung« und »Flexibilität«. Soll heißen: Werft nicht mehr alle Länder von Ägypten bis Armenien in einen Topf, und reagiert auf Veränderungen. Zweitens: Man will »die Nachbarn der Nachbarn« berücksichtigen. Mit anderen Worten: keine Ukraine-Politik, die Russland völlig außer Acht lässt, keine Ägypten-Politik mehr, die Saudi-Arabien und den Iran nicht im Blick hat. Drittens: Als Ziele werden neben Demokratie und Menschenrechten auch »Stabilität« und »Sicherheit« genannt. Das ist zweifelsohne eine Lehre aus den Ereignissen in Libyen, wo der Westen einen Diktator verjagte, um stattdessen Anarchie und Flüchtlinge zu bekommen. Viertens: Der Begriff »Interessen« fällt häufiger als früher. Lange Zeit waren »europäische Interessen« tabu, schließlich war die EU-Politik doch dazu da, die eigenen nationalen Interessen abzulegen. Dieselbe Sünde sollte man nicht auf höherer Ebene wiederholen, oder? Bei der Gründung der Union erfüllte dieses Tabu noch seinen Zweck. Nun ist es ein Zeichen von Reife, wenn Europa seine gemeinsamen Interessen in den Mittelpunkt stellt.

Doch das Selbstverständnis der EU als ein politischer Raum enthält weiterhin eine Schwachstelle: Wir sind nicht imstande, Grenzen zu ziehen. Uns fehlt die Kraft, zu sagen: Eines Tages wird die

Europäische Union hier enden, diese Länder gehören dazu (sofern sie wollen), jene nicht (selbst wenn sie wollen). Stattdessen wählen wir, gegenüber Ankara und Kiew, den Weg der Doppeldeutigkeit. In der Diplomatie kann Scheinheiligkeit ein Vorteil sein; es hilft, Optionen zu bewahren und niemanden vor den Kopf zu stoßen. Aber dafür muss man auch einen Preis zahlen – und dieser Preis ist gestiegen. Wir bestreiten, dass wir außerhalb unserer Grenzen Macht entfalten, aber glaubwürdig ist das nicht mehr. Nach außen könnte ein klares Abstecken der Grenzen dazu beitragen, die Spannungen mit Moskau zu entschärfen. Nach innen könnte es das wenig ausgeprägte Wir-Gefühl der Europäer stärken. Denn wie soll man sich in einem Haus heimisch fühlen, in dem die Eingangstür ständig offen steht?

## 3. Der Akteur

Lange Zeit hatte unser europäischer Weltakteur nicht das Gefühl, sich rühren zu müssen. Allein durch sein Dasein diente er schon als Vorbild. Diese Zeiten sind vorbei, inzwischen weiß der Darsteller, dass er sich zu den Ereignissen verhalten, seinen Platz einnehmen und das Publikum für sich gewinnen muss. Aber wie kann man handeln, wenn man eine »Union« ist?

Auch das ist wieder eine Frage des Selbstverständnisses. Europa solle »mit einer Stimme« sprechen, heißt es. Dafür braucht es ein starkes Zentrum. Es bedeutet jedoch nicht, dass nur Brüssel spricht und dass Paris, London, Berlin und die anderen Hauptstädte den Mund halten. Die EU ist kein Staat, sie wird auch weiterhin ein Verbund von Staaten bleiben. Die Staaten zu schwächen wäre der schnellste Weg, Europa auf der Weltbühne zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen. Also fällt der Union die Aufgabe zu, die Stimmen der Mitglieder zu bündeln, damit sie im Chor erklingen. (Ein Zusatz, weil aufgeregte Föderalisten und selbstgefällige Euroskeptiker bei jeder Gelegenheit das Gegenteil behaupten: Eine falsche Stimme heißt noch nicht, dass der Chor am Ende ist!)

Personal und Mittel der Außenpolitik liegen weiterhin größtenteils in den Händen der Mitgliedsstaaten, seien es Diplomaten, Streitkräfte, Nachrichtendienste oder Budgets; hinzu kommen der diplomatische Dienst und die Mittel der EU.

Willkommen im Club?  
Angela Merkel mit dem  
ukrainischen Präsidenten  
Petro Poroschenko



Um große Begriffe ist die Europäische Union selten verlegen. Von einem »Meilenstein in der Geschichte« sprach Herman Van Rompuy, als die Regierungschefs der EU die Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, Georgien und Moldau unterzeichneten. Das war vor bald einem Jahr, im Juni 2014, sieben Monate nach dem Beginn der Proteste auf dem Maidan. Van Rompuy, damals EU-Ratspräsident, erinnerte an die Menschen, die in Kiew gestorben waren, weil sie für eine engere Bindung ihres Landes an die EU gekämpft hatten. Und verheißungsvoll fügte er hinzu: »Diese

Abkommen sind nicht die letzte Stufe unserer Zusammenarbeit.«

Fast wörtlich wiederholte er ein Versprechen, das die EU der Ukraine bereits vier Monate vorher gegeben hatte. Das Assoziierungsabkommen »stellt nicht das finale Ziel der EU-Ukraine-Kooperation dar«, heißt es in einer Erklärung, die die Außenminister der Union am 10. Februar 2014 verabschiedet hatten. Was damit gemeint war, ist klar: Wenn die Ukraine eines Tages Mitglied der EU werden wollte, sollte sie eine Chance bekommen. Ein Versprechen, in das Van Rompuy auch Georgien und Moldau einbezog.

In der Ukraine sterben noch immer Menschen, doch das Versprechen gilt nicht mehr.

In der lettischen Hauptstadt Riga findet in dieser Woche der sogenannte Gipfel zur Östlichen Partnerschaft statt. Die Mächtigen der EU, unter ihnen Angela Merkel, treffen ihre Kollegen aus sechs östlichen Nachbarländern, dazu gehören die Ukraine, Georgien und Moldau. Offiziell werden die Gipfelteilnehmer ihre gute Zusammenarbeit beschwören, doch hinter den Kulissen ist im Vorfeld ein handfester Streit ausgebrochen. Vordergründig geht es um Formulierungen in der Abschlusserklärung. Doch der Streit um die richtigen Worte birgt eine größere Frage: Wie viel Rücksicht nimmt die EU auf Russland?

Seit dem Beginn des Konflikts in der Ukraine haben Angela Merkel und ihre Kollegen immer wieder betont, die östlichen Nachbarländer

müssten selbst und ohne Druck aus Moskau über ihre politische Zukunft entscheiden können. Auch deshalb hat die Union die Tür zu einer Mitgliedschaft rhetorisch offen gehalten. Doch in dem Entwurf für die Rigaer Erklärung fehlt jeder entsprechende Hinweis. Sogar die frühere Versicherung der EU, die östlichen Nachbarländer hätten das »souveräne Recht, ... frei über den Grad ihrer (europäischen) Ambitionen und die Ziele, die sie in ihren Beziehungen mit der EU verfolgen, zu entscheiden«, war umstritten.

Hört man sich in Brüssel und in Berlin um, erhält man verschiedene Erklärungen für die neue Zurückhaltung. Der zuständige EU-Kommissar Johannes Hahn weist auf den wachsenden Widerstand in vielen EU-Ländern gegen die

## Ihr müsst leider (erst mal) draußen bleiben



Östliche Herausforderung:  
Präsident Putin zeigt  
gen Russlands  
Machtinstrumente her



Wir müssen wieder lernen, wie man über Krieg, Frieden, Einfluss, Interessen und Grenzen spricht

VON LUUK VAN MIDDELAAR

Zusammen haben wir die zweitgrößte Armee der Welt, den größten auswärtigen Dienst und mehr Geld für Entwicklungshilfe als sonst jemand – auf dem Papier. Deshalb sind nicht die fehlenden Mittel für Brüssel das größte Handicap, sondern es ist das Zögern der Mitgliedsstaaten, ihre eigenen Mittel als Teil des Ganzen zu sehen und entsprechend einzusetzen. Dafür wären keine Vertragsänderungen notwendig, schon jetzt verlangen die EU-Verträge von den Mitgliedern, als Union zu handeln. Es bringt nichts, von einer europäischen Armee zu träumen. Viel nützlicher wäre es, die bestehenden Armeen dazu zu bewegen, in dieselbe Richtung zu marschieren.

Die größeren Mitgliedsstaaten müssen lernen, ihre Macht zu teilen und die EU nicht einfach als Werkzeugkasten anzusehen, aus dem man sich nach Belieben bedient. Die kleineren Mitgliedsstaaten müssen, wenn sie bei globalen Themen mitreden wollen, bereit sein, Kosten und Risiken auf sich zu nehmen. Mitgliedschaft ist auch eine Frage der Einstellung.

Innen- und außenpolitische Belange sind immer schwerer auseinanderzuhalten, etwa in der Energie- oder der Flüchtlingspolitik. So kommt es, dass die Regierungschefs selbst immer aktiver werden. Immer öfter treffen sich die 28 im Europäischen Rat, außer der Kommissionspräsidentin und die Außenbeauftragte sind dabei. Die Union hat eine Art Chefkollektiv, das nicht in einem Oval Office sitzt, sondern an einem ovalen Tisch. Das Positive: An diesem Tisch kommen wie nirgendwo sonst zwei Dinge zusammen – die Macht, Mittel einzusetzen (so- wohl nationale als auch EU-Mittel), und die Fähigkeit, einen gemeinsamen Kurs zu bestimmen. Das Negative: Der Rat wird von Krisen getrieben, es fehlt ihm an Zeit und Kontinuität.

#### 4. Das Publikum

Die globale Macht eines Akteurs gründet nicht allein auf wirtschaftlicher Kraft, militärischer Stärke oder diplomatischem Renomee. Genauso wichtig ist es, das heimische Publikum hinter sich zu wissen. Die Tage der Kabinetts- politik sind vorüber, Außenpolitik wird heute im Rampenlicht gemacht. In Demokratien

haben die Zuschauer das Recht, zu murren, wenn ihnen eine Vorstellung nicht gefällt. So machen sie ihren Darstellern das Leben schwer. Aber das Gegenteil trifft genauso zu: Die Rückendeckung der Öffentlichkeit ist eine unvergleichliche Quelle der Macht. Man denke nur an die Präsidenten von Russland, Amerika oder China, die uns – manchmal mit rücksichtslosen Methoden – das Gefühl vermitteln, hinter ihnen stehe ihr gesamtes Volk.

Das ist die schwierigste Aufgabe für Europas Anführer: Sie müssen ihre Wähler mit wichtigen internationalen Problemen konfrontieren – sei es beim globalen Wettrennen um Bodenschätze, bei den Realitäten der Migration oder der Notwendigkeit der Rüstungsausgaben. Mit solchen Botschaften gewinnt man keine Stimmen; aber wie können Politiker, die ihre eigenen Wähler fürchten, wirklich hoffen, Putin Angst einzujagen? Der größte Fehler, den ein Schauspieler machen kann, ist es, sein Publikum zu unterschätzen.

Egal ob Portugiesen, Finnen, Iren, Franzosen, Deutsche oder Bulgaren – die Menschen in Europa wissen sehr wohl, dass die Welt an unsere Tür klopft. Auch wenn manche aus dem Theater rennen in der Hoffnung, so ihre Ängste abzuschleiten zu können. Viele sind bereit, Schauspielern zu applaudieren, die sich mit der Welt auseinandersetzen – so, wie sie ist.

Nun haben wir alles beisammen – ein Stück, eine Bühne, einen Akteur und ein Publikum. Aber wer schreibt das Drehbuch? Niemand anderes als die Geschichte selbst. Sie kann sehr streng sein, und wir wissen nicht, wie dieses Stück enden wird. Doch das ist das Faszinierende an dieser Autorin: Sie bestimmt unser Schicksal nur zur Hälfte. Den anderen Teil der Geschichte schreiben wir.

Luuk van Middelaar, Philosoph und Historiker, ist Autor des Buchs »The Passage to Europe: How a Continent Became a Union«, das auf Deutsch bei Suhrkamp erscheint. Bis 2014 war er der Redenschreiber des EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy

Aus dem Englischen von MATTHIAS SCHULZ

www.zeit.de/audio

Aufnahme neuer Mitgliedstaaten hin. In der Bundesregierung bezweifeln viele den Erfolg der großen Versprechen und warnen davor, die EU zu überfordern. Deutschland hatte gemeinsam mit Frankreich und den Mittelmeerländern bei der Vorbereitung des Gipfels besonders entschieden darauf gedrängt, die früheren Formulierungen nicht zu wiederholen – und damit den Ärger von mittel- und osteuropäischen EU-Regierungen provozieren. Vor allem Polen, Schweden und Balten verstehen sich in der EU als Fürsprecher der Ukraine. Sie vermuten hinter dem Kurswechsel der Deutschen eine zunehmende Rücksichtnahme auf Moskau, zulasten der östlichen Nachbarn. In Berlin antworten Politiker und

Diplomaten, dass man nicht versprechen sollte, was man nicht einhalten könne. Die EU habe weder der bedingungslosen Bereitschaft Putins zur Eskalation entgegenzusetzen, noch gebe es eine erkennbare Bereitschaft der EU-Mehrheit, die Union nach Osten zu erweitern. Im Gegenteil: Gerade in den Mittelmeerstaaten sei der Widerstand erheblich.

Im Osten wächst derweil die Enttäuschung. »Wir erwarten von der EU, dass sie zu ihren Prinzipien steht«, warnt die georgische EU-Botschafterin Natalie Sabanadze. In Riga müsse die EU das Recht der Länder auf Selbstbestimmung verteidigen. »Tut sie das nicht, würde sie stillschweigend Moskaus Politik der Einflussphären akzeptieren.« MATTHIAS KRUPA, MICHAEL THUMANN

# Die Liste der 84

In Bangladesch starben drei Männer in drei Monaten, weil ihr Name auf einer Liste von Islamkritikern stand

VON LAURA BACKES

**A**m Dienstag vergangener Woche verlässt der Bankangestellte Ananta Bijoy Das sein Haus im Nordosten Bangladeschs, um zur Arbeit zu gehen. Auf dem Weg dorthin lauern ihm vier maskierte Männer auf. Mit Macheten und Beilen hacken sie auf ihn ein, dann lassen sie ihn auf der Straße verbluten.

Im Februar reist der in Amerika lebende Schriftsteller Avijit Roy nach Dhaka, um sein islamkritisches Buch *Biswasher Virus* (Das Virus des Glaubens) bei der größten Buchmesse des Landes vorzustellen. Auf dem Heimweg nach der Lesung stechen Unbekannte mit Macheten und Fleischermessern auf ihn ein, er stirbt an Ort und Stelle an seinen Kopfverletzungen.

Washiqur Rahman, Mitarbeiter in einem Reisebüro, ändert daraufhin sein Profilfoto auf Facebook zu »Ich bin Avijit« und schreibt: »Zerstört den Islam, zerstört den Islam, zerstört den Islam!« Sechs Wochen später wird er von Koranschülern getötet, die jugendlichen Täter zerhacken sein Gesicht bis zur Unkenntlichkeit.

Die drei Tode hatten eines gemeinsam: Sie schrieben für das einflussreiche Blog *Mukto Mona* (Freier Geist). Vordergründig handelten ihre Artikel oft von wissenschaftlichen Themen, aber zwischen den Zeilen kritisierten sie den Islam: Sie analysierten die im Koran beschriebenen Wunder anhand von naturwissenschaftlichen Maßstäben und kamen zu dem Schluss, dass sie nicht wahr sein konnten. Auf dem Blog werden auch immer wieder islamkritische Karikaturen veröffentlicht, eine vergleicht zum Beispiel die Burka mit einem Hotdog. Weil die Texte auf Bengali erscheinen, erreicht die Kritik die gesamte Bevölkerung und nicht nur die englischsprachige Elite.

Zu den Attentaten bekannte sich eine radikalislamische Organisation mit dem Namen Ansarulhah Bangla. Woher sie kommt und was sie will, wissen selbst Experten nicht: Die Gruppe trat bisher vor allem im Internet in Erscheinung, und auch das erst seit Ende vergangenen Jahres. Sie führt einen Cyberkrieg gegen die Blogger. Ihre Unterstützer hetzen auf Facebook und Twitter gegen die angeblichen Feinde des Islams; sie posten als erste Fotos von den Totorten und jubeln über jeden Tode. Immer wieder beziehen sie sich auf eine Liste von Bloggern, die »abgearbeitet« werden müsse. Die Internetprofile werden alle paar Wochen gelöscht, doch einige Tage später tauchen neue Profile mit ähnlichen Namen auf. Niemand weiß, wie groß die Organisation ist und was sie wirklich tut. Hetzt sie einfach, bis irgendjemand einen Mord begeht? Oder tötet sie tatsächlich selbst?

Zum Propagandakrieg gehört auch, dass vor zwei Wochen eine zweite Gruppe die Verantwortung für den Mord am Schriftsteller Avijit Roy übernommen hat. Ein angeführter Al-Kaida-Ableger, der sich letztes Jahr gegründet hat und nun behauptet, Ansarulhah Bangla habe in seinem Auftrag gehandelt. Möglich, dass er den Mord für sich reklamiert hat, um sich zu beweißen.

Hans Harder ist Professor am Südasien-Institut an der Universität Heidelberg und verfolgt die Entwicklung in Bangladesch seit Jahren. Er glaubt, dass das Aufkommen unbekannter islamistischer Organisationen mit dem Verbot der islamistischen Partei vor zwei Jahren zusammenhängt. »Seitdem fühlen sich die Anhänger an die Wand gedrückt«, sagt Harder. Das Prinzip sei immer das gleiche: Wer verboten ist, müsse auf sich aufmerksam machen, um nicht in Vergessenheit zu geraten. Und zum Beispiel neue Feinde ausmachen. »Die islamistischen Organisationen inszenieren ihren Cyberkrieg gegen die Blogger jetzt als Kulturkampf.«

Auf den ersten Blick scheinen die Rollen klar verteilt: auf der einen Seite die säkularen Blogger, die die Meinungsfreiheit für sich beanspruchen. Auf der anderen Seite die radikalen Islamisten, die sich als Hüter ihrer Religion verstehen. Es scheint klar zu sein, wer die Opfer sind und wer die Täter. Doch die Situation ist bei genauerem Hinsehen nicht ganz so eindeutig.

Um den Konflikt zwischen Bloggern und Islamisten zu verstehen, muss man in die Geschichte des Landes zurückgehen. Bangladesch gehörte zu Pakistan, bis es sich 1971 von der Islamischen Republik abspaltete. Neun Monate dauerte der Unabhängigkeitskrieg, in dem bengalische Islamisten gemeinsam mit der pakistanischen Armee gegen die gemäßigten Muslime kämpften, um die Teilung zu verhindern. Bis zu drei Millionen Menschen starben.

Die propakistaniischen Islamisten wurden für die damals begangenen Missetaten und Vergewaltigungen nie zur Rechenschaft gezogen. Einige stiegen stattdessen zu Funktionären der islamistischen Partei Jamaat-e-Islami auf. Bis die säkulare Regierungschefin Sheikh Hasina vor einigen Jahren beschloss, das Versteckte nachzuholen und Kriegsverbrechen einzusetzen. Als vor zwei Jahren die ersten Urteile gefällt wurden, waren es die Blogger von *Mukto Mona*, die am lautesten dagegen protestierten. Die lebenslangen Haftstrafen seien zu milde, sagten sie, die Kriegsverbrecher hätten die Todesstrafe verdient, nur so könne Gerechtigkeit für die vielen Opfer hergestellt werden. Über die Sozialen Netzwerke mobilisierten sie Zehntausende, die im Februar 2013 den Shabbag-Platz in Zentrum von Dhaka besetzten.

Daraufhin gingen Hunderttausende Gegen- demonstranten der Jamaat-e-Islami-Partei im ganzen Land auf die Straße und forderten ihrerseits die Todesstrafe für die Internetaktivisten. Der Regierung überreichten sie eine Namensliste von 84 Bloggern, denen sie Blaspemie vorwarfen. Vier von ihnen wurden daraufhin verhaftet. Die Regierung verurteilte allerdings auch sieben Kriegsverbrecher nachträglich zum Tode. Seitdem ist das Land in zwei Lager gespalten.

Das Land wird abwechselnd von zwei Parteien regiert, die sich vor allem durch ihre Erzfeindschaft auszeichnen, beide stellen die Trennung von Staat und Kirche nicht infrage. Lange brauchte die konservative Bangladesch Nationalist Party (BNP) die islamistische Jamaat-e-Islami, um zu regieren. Seit 2007 ist die BNP in der Opposition und Sheikh Hasina von der sozialdemokratischen Awami-Liga Ministerpräsidentin. Doch auch sie fährt keine klare Linie gegen die Islamisten, weil sie auf jede Stimme angewiesen ist und es sich deshalb mit der muslimischen Bevölkerung nicht verschmerzen will.

Asif Mohiuddin gehört zu den Bloggern, die die Angriffe der Islamisten überlebt haben. Unbekannte überraschten ihn vor zwei Jahren nachts vor seiner Wohnung, sie stachen ihn 53 Mal in den Rücken, nur knapp verfehlten sie sein Herz. Als er aus dem Krankenhaus entlassen wurde, gingen an jeder Ecke Plakate mit seinem Konterfei und der Aufschrift: »Erzfeind des Islams«. Aus Furcht davor, erkannt zu werden, bewegte sich Mohiuddin nur noch mit Mundschutz durch Dhaka. Weil sein Name auf der Liste der 84 stand, wurde er wegen Blaspemie verhaftet und nur gegen Kautions wieder freigelassen. Nichtregierungsorganisationen halfen ihm, nach Deutschland zu flüchten. Wo er jetzt lebt, wird er nicht öffentlich machen. In seiner Heimat wurde er in Abwesenheit zu sieben Jahren Haft verurteilt.

Er ist ein kleiner, 31-jähriger Mann mit Kastanien- und Turnschuhen, der wie ein Student wirkt. Auch Mohiuddin schrieb für *Mukto Mona*, er kannte die Blogger, die in den vergangenen Monaten untermommen sind. »Avijit war mein bester Freund, mein Bruder«, sagt er leise und zeigt keine Gefühlsregung. Mehr will er dazu nicht sagen. Nur so

viel: Vier seiner Freunde haben ihn gebeten, ihnen zur Flucht nach Europa zu verhelfen.

Das Klima in Bangladesch ist angespannt, doch die Menschen lassen sich von der Mordserie anscheinend nicht einschüchtern. Nach jedem Attentat gehen Hunderte Demonstranten auf die Straße und fordern die Islamisten auf, das Töten zu beenden. Niemand weiß, ob es tatsächlich einen Plan gibt, die 84 Blogger auf der Liste nach und nach zu töten, oder ob der Verweis darauf Teil einer Inszenierung ist.

Viele Blogger haben den Kampf längst aufgegeben. Sie schreiben nicht mehr und halten sich nur noch zu Hause auf. Die Islamisten hingegen nutzen die Sozialen Medien mehr denn je. Sie haben den Propagandakrieg offenbar gewonnen. Nur Stunden nach dem letzten Mord twitterte Ansarulhah Bangla auf Englisch: »*Alhamdulillah*, alle Brüder der Operation sind sicher.« Auf dem Hintergrundschild des Profils prangte eine Nachricht in Blutrot, die Schrift erinnerte an ein altes Computerspiel: »Nächstes Ziel wird geladen. Bleiben Sie dran ...«



Eine Frau in Dhaka trauert über den Tod des Schriftstellers Avijit Roy

# Henker gesucht

Saudi-Arabien verurteilt so viele Menschen zum Tode wie nie zuvor. Warum?

**S**audi-Arabien sucht Henker. Das Innenministerium hat acht neue Stellen ausgeschrieben; besondere Qualifikationen oder Bildung brauchen die Bewerber nicht, heißt es in der Anzeige.

In Saudi-Arabien wird neben der Todesstrafe immer noch die Körperstrafe verhängt; beide werden öffentlich vollzogen, damit das Regime mit jedem Urteil ein Exempel statuieren kann. Die Richter strafen nach der Scharia. Verurteilte Menschen werden geköpft, ihnen werden die Hände amputiert oder sie werden geschlagen. Das wurde international publik, als ein heimlich gedrehtes Video vom Januar zeigte, wie der regimekritische Blogger Raif Badawi vor einer Moschee ausgepeitscht wird. Danach musste er wieder ins Gefängnis, wo er noch heute auf die Wiederaufnahme seines Prozesses wartet.

Dass das Königreich neue Henker sucht, mag mit dem Anstieg der Todesurteile zusammen-

hängen. Seit vergangem August werden noch mehr Menschen hingerichtet als in den Jahren zuvor. Am vergangenen Sonntag musste ein pakistanischer Heroinschmuggler die Tat mit seinem Leben bezahlen. Er war das 85. Todesopfer der saudischen Justiz in den ersten viermonatigen Monaten dieses Jahres. Die meisten anderen wurden wegen Mordes zum Tode verurteilt. 2014 waren es insgesamt 88 Exekutionen.

Mit dem Machtwechsel in Saudi-Arabien lässt sich der Anstieg nicht belegen, da der Trend begonnen hatte, bevor König Salman im Januar ins Amt kam. Eine mögliche Erklärung für die vielen Todesurteile ist laut Human Rights Watch die Tatsache, dass

seit etwa fünf Jahren mehr Richter eingestellt wurden. Auch wurden neue Gerichte geschaffen. Mehr Richter verhängen auch mehr Strafen. Eventuell sind die vielen Hinrichtungen auch eine Reaktion auf die angespannte Sicherheitslage in der Region. Das Regime will dem Volk beweisen, dass es zumindest im eigenen Land die Kontrolle hat.

In der Jobbeschreibung für die Henker steht, dass sie auch Amputationen durchführen müssten. Aber diese werden nur selten verhängt, im Durchschnitt sind es ein bis zwei pro Jahr – Strafen für kleinere Vergehen wie Diebstahl. Im Gegensatz zu den Exekutionen gab es in diesem Jahr noch keine einzige Amputation. KATHARINA KUHN

## GegenSchläge

Dem saudischen Blogger Raif Badawi drohen 1000 Schläge. Wir berichten über sein Schicksal

